

Empirische Studie

David Schiefer, Oktay Balci, Andreas Herz, Susanne Kuger

Benachteiligungserfahrungen und demokratiekritische Orientierungen von Jugendlichen in Deutschland

Forschung zu Kindern, Jugendlichen und Familien an der Schnittstelle von Wissenschaft, Politik und Fachpraxis

Das Deutsche Jugendinstitut e.V. (DJI) ist eines der größten sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitute Europas. Seit 60 Jahren erforscht es die Lebenslagen von Kindern, Jugendlichen und Familien, berät Bund, Länder und Gemeinden und liefert wichtige Impulse für die Fachpraxis.

Aktuell sind an den beiden Standorten München und Halle (Saale) etwa 470 Beschäftigte tätig, darunter rund 280 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.

Finanziert wird das DJI überwiegend aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und den Bundesländern. Weitere Zuwendungen erhält es im Rahmen von Projektförderungen u.a. vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), der Europäischen Kommission, Stiftungen und anderen Institutionen der Wissenschaftsförderung.

Impressum

© 2024 Deutsches Jugendinstitut e.V.

Deutsches Jugendinstitut
Nockherstraße 2
81541 München

Deutsches Jugendinstitut
Außenstelle Halle
Franckeplatz 1, Haus 12/13
06110 Halle

Datum der Veröffentlichung Juni 2024

ISBN: 978-3-86379-531-3
DOI: 10.36189/DJI202425

Inhalt

1	Hintergrund: Jugendliche und junge Erwachsene gestalten die Demokratie der Zukunft	5
2	„Wieder Ordnung in den Staat bringen“: Wie offen sind Jugendliche und junge Erwachsene für autoritäre Systeme?	7
2.1	Knapp ein Viertel der Jugendlichen und jungen Erwachsenen wünscht sich eine „starke Hand“ im Staat	7
2.2	Erlebte soziale Benachteiligung geht mit stärkerem Wunsch nach „starker Hand“ einher	8
3	Pandemiebedingte Einschränkungen: Mehr Demokratieskepsis als Folge?	12
4	Fazit	14
5	Literatur	16
6	Abbildungsverzeichnis	17

1 Hintergrund: Jugendliche und junge Erwachsene gestalten die Demokratie der Zukunft

Demokratie als Grundpfeiler unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens kann nur dann politische Stabilität, sozialen Zusammenhalt und individuelle Freiheit gewährleisten, wenn sie eine breite Unterstützung in der Bevölkerung erfährt. Dass dies kein Selbstläufer ist, sondern immer wieder aktiv gefördert werden muss, zeigt sich u.a. an erstarkenden rechtspopulistischen und demokratiekritischen Orientierungen, die sich in den vergangenen Jahren im Zuge diverser gesellschaftlicher Krisen – etwa der COVID-19-Pandemie – beobachten lassen (u.a. Best et al. 2023; Zick/Küppers/Mokros 2023). Einer kürzlich veröffentlichten Studie des DeZIM-Instituts zufolge haben Menschen in Deutschland derzeit das Gefühl, dass die Demokratie stärker angegriffen wird als noch vor wenigen Jahren (Kleist/Weiberg-Salzmann/Schöll 2023). Gleichzeitig erleben viele Bevölkerungsgruppen nach wie vor soziale Benachteiligung und Ausgrenzung (u.a. Scherr/El-Mafaalani/Reinhardt 2020). Dies kann das Vertrauen der Betroffenen in Demokratie und ihre Institutionen unterminieren; zu Rückzug und Abgrenzung führen und dadurch den Zusammenhalt in einer demokratischen Gesellschaft gefährden (Schiefer/van der Noll 2017). Verschiedene staatliche Maßnahmen – etwa das Bundesprogramm *Demokratie Leben* – sollen dem entgegenwirken. Sie zielen sowohl darauf ab, Demokratie als gelebte Realität in den Köpfen der Menschen zu verankern, als auch darauf, allen Menschen unabhängig jedweder Voraussetzungen, Merkmale oder Zugehörigkeiten eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Die Bundesregierung hat jüngst einen Entwurf für ein Demokratiefördergesetz auf den Weg gebracht, das diese und andere Maßnahmen gesetzlich verankern und dadurch nachhaltig absichern soll (BT-Drs. 20/5823).

Diese Maßnahmen nehmen dabei auch Jugendliche und junge Erwachsene in den Blick. Denn Haltungen zu Demokratie werden bereits früh im Leben entwickelt, geprägt durch das Elternhaus, durch Bildungseinrichtungen und das weitere soziale Umfeld, in dem junge Menschen aufwachsen. Dazu gehören auch frühe Erfahrungen gesellschaftlicher Teilhabe und sozialer Benachteiligung. Auf Basis dieser Erfahrungen gestalten Jugendliche und junge Erwachsene wiederum das gesellschaftliche Klima der Zukunft mit. Doch wie steht es um die Haltung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Deutschland zur Demokratie? Welche jungen Menschen sind für Narrative von Akteuren empfänglich, die die demokratischen Institutionen und Prozesse hinterfragen und eher eine autoritäre Staatsform befürworten? Und welche Rolle spielen dabei Erfahrungen von gesellschaftlicher Benachteiligung?

Eine der empirischen Erhebungen, mit denen sich diese Fragen untersuchen lassen, ist die Studie „Aufwachsen in Deutschland – Alltagswelten“ (AID:A) des Deutschen Jugendinstituts (DJI). Sie liefert seit mehr als zehn Jahren auf Grundlage einer repräsentativen Datenbasis wichtige Informationen zur Situation von Kindern, Jugendlichen, jungen Erwachsenen und ihren Familien in Deutschland. Dieser Bericht

dokumentiert Ergebnisse der AID:A-Befragung aus dem Jahr 2019 (Kuger et al. 2021), bei der bundesweit in rund 6.000 Haushalten u.a. Jugendliche und junge Erwachsene über ihre alltäglichen Lebensbedingungen und Erfahrungen befragt wurden. In diesem Befragungsjahr wurde das AID:A-Programm in Kooperation mit dem Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM-Institut) um eine Stichprobe von rund 800 Haushalten mit Migrationsgeschichte erweitert (AID:A 2019 Mig+)¹. Dadurch wurde es möglich, die migrationsspezifische Diversität von Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Einwanderungsland Deutschland besser abzubilden und wissenschaftlich zu untersuchen. Denn viele Debatten um das gesellschaftliche Zusammenleben in Deutschland, und die damit verbundenen demokratiekritischen, rechtspopulistischen Tendenzen, entfachen sich gerade an dem Thema Diversität in der Migrationsgesellschaft (vgl. u.a. Arant/Larsen/Boehnke 2021, Foroutan 2019, Zick/Küpper 2021). Gleichzeitig gehören Personen mit Migrationsgeschichte zu den gesellschaftlichen Gruppen, die vergleichsweise häufig mit Barrieren gesellschaftlicher Teilhabe konfrontiert sind und Erfahrungen von Ausgrenzung machen (Scherr/El-Mafaalani/Reinhardt 2020).

¹ Die Stichprobe umfasst Haushalte, bei denen ein oder mehrere Mitglieder selbst oder deren Eltern oder Großeltern im Ausland geboren und nach Deutschland zugewandert sind. In diesem Bericht vergleichen wir selbst zugewanderte Personen (Migrationsgeschichte 1. Generation) mit in Deutschland geborenen Kindern von zugewanderten Personen (Migrationsgeschichte 2. Generation) sowie Personen, die selbst und deren Eltern in Deutschland geboren wurden (ohne Migrationsgeschichte). Wir betrachten also Personen, deren Großeltern zugewandert sind, als Personen ohne Migrationsgeschichte (vgl. z.B. Maciejewski et al. 2022 kritische Diskussion des Konzepts der 3. Generation).

2 „Wieder Ordnung in den Staat bringen“: Wie offen sind Jugendliche und junge Erwachsene für autoritäre Systeme?

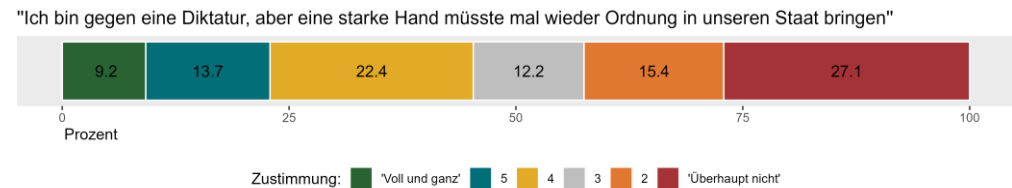
Die in diesem Bericht dokumentierten Analysen beziehen sich auf Befragte zwischen 16 und 33 Jahren. Die AID:A-Befragung von 2019 erfasste mit einem Einzelitem für diese Altersgruppe die Zustimmung der Teilnehmenden zur Aussage „Ich bin gegen eine Diktatur, aber eine starke Hand müsste mal wieder Ordnung in unseren Staat bringen“. 5.305 Personen wurde die Aussage vorgelegt. Sie beschreibt keine direkten Haltungen zu Demokratie, sondern bringt eher eine Unzufriedenheit mit den gegenwärtigen politischen Akteuren und Institutionen zum Ausdruck, verbunden mit dem Wunsch nach einer neuen starken Führungsfigur. Dies ist nicht mit einer Demokratieablehnung gleichzusetzen, denn eine starke politische Führungsfigur, die neue Akzente setzt, kann grundsätzlich auch in einer Demokratie existieren. Empirische Studien zeigen aber, dass die Befürwortung dieser Aussage mit demokratiekritischen Einstellungen einhergeht, etwa einem geringeren Vertrauen in staatliche Institutionen und einer größeren Skepsis gegenüber der Demokratie als Staatsform (zusammenfassend Gille/Milbradt 2021: 104). Die Aussage drückt also neben einer allgemeinen Unzufriedenheit auch eine Empfänglichkeit für Narrative aus, die das gängige demokratische Gesellschaftssystem hinterfragen und eher autoritäre Systeme befürworten (Kuger et al. 2019, vgl. auch Küpper/Sandal-Önal/Zick 2023). Eine Betonung autoritärer Führung und Entscheidung als Gegenstück zur deliberativen Demokratie, also dem Prinzip des Aushandelns und Sich-Abstimmens in pluralistischen Gesellschaften, ist auch ein Stilmittel rechtspopulistischer Akteure (Decker/Lewandowsky 2017). Nichtsdestotrotz müssen die ggf. multiplen Bedeutungen, die hinter der Zustimmung zu dieser Aussage stecken, bei der Interpretation der nachfolgenden Befunde berücksichtigt werden.

2.1 Knapp ein Viertel der Jugendlichen und jungen Erwachsenen wünscht sich eine „starke Hand“ im Staat

In der Befragung AID:A 2019 stimmten 23 Prozent der 16- bis 33-jährigen Befragten dieser Aussage (eher) zu (Antwortkategorien fünf und sechs), 42 Prozent lehnten sie (eher) ab (Antwortkategorien eins und zwei) und 35 Prozent zeigten sich eher unentschieden (Gille/Milbradt 2021: 104). Unsere Analysen zeigen, dass dieser Gesamtbefund auch dann bestehen bleibt, wenn man die ergänzende Befragung unter Personen mit Migrationsgeschichte (AID:A 2019 Mig+) hinzunimmt (Abbildung

1). Von den insgesamt 5.157 Personen mit gültigen Antworten² stimmten ebenfalls knapp 23 Prozent dieser Aussage (eher) zu. Personen mit und ohne Migrationsgeschichte sowie Personen unterschiedlichen Alters unterscheiden sich dabei nicht signifikant, Jungen und Männer stimmen jedoch etwas häufiger zu als Mädchen und junge Frauen (26% vs. 21%). Inwiefern sich die Befragten in ihrem Bedürfnis nach einer „starken Hand im Staat“ von der Gesamtbevölkerung abheben, ist mangels geeigneter Vergleichsdaten nicht einzuschätzen.³

Abbildung 1: Demokratiekritische Einstellungen unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen in AID:A 2019



2.2 Erlebte soziale Benachteiligung geht mit stärkerem Wunsch nach „starker Hand“ einher

In der Literatur werden verschiedene Personenmerkmale, v.a. aber gemachte Erfahrungen, Lebenslagen und soziale Interaktionen berichtet, die mit einer eher stärkeren Ablehnung der Demokratie einhergehen. Sozialwissenschaftliche Theorien und empirische Befunde legen dabei nahe, dass Erfahrungen von Benachteiligung das Vertrauen in Staat und Demokratie verringern und Menschen empfänglicher für autoritäre Systeme machen können (u.a. Decker/Brähler 2020, Zick/Küpper 2021). Andererseits ließe sich auch die These formulieren, dass Benachteiligungserfahrungen (sofern sie als von staatlichen Institutionen ausgehend wahrgenommen werden) dazu führen, dass die Betroffenen einer starken Rolle des Staates (und seinen Führungspersonen) eher skeptisch gegenüberstehen und somit eine „starke Hand im Staat“ eher ablehnen, da sie dies eher mit Benachteiligung assoziieren.

Wir nutzen die AID:A-Daten, um diese Annahmen empirisch zu testen. Die Studienteilnehmenden wurden gefragt, ob sie in ihrem Leben schon einmal aufgrund

² 148 Personen (3%) der Gesamtgruppe der 16-33-Jährigen haben die Frage nicht beantwortet.

³ Die Leipziger Autoritarismusstudie 2020 deutet aber z.B. darauf hin, dass ein Wunsch nach starken politischen Führungspersonen auch in der erwachsenen Gesamtbevölkerung substantiell verankert ist. Den Befragten dieser Studie wurde die etwas anderslautende Aussage „Wir brauchen starke Führungspersonen, damit wir in der Gesellschaft sicher leben können“ vorgelegt. Knapp 44 Prozent der Befragten dieser Studie stimmten der Aussage „ziemlich“ oder „voll und ganz“ zu (Decker/Brähler 2020, S. 199).

⁴ Eine Gewichtung ist nur für die Hauptbefragung AID:A 2019 möglich, nicht für die Zusatzbefragung AID:A 2019 Mig+. Daher wurde im Gesamtdatensatz auf eine Gewichtung verzichtet. In AID:A 2019 weichen für das betrachtete Merkmal gewichtete und ungewichtete Daten nur geringfügig voneinander ab.

bestimmter Merkmale Benachteiligung erfahren haben. Gefragt wurde nach Benachteiligungen aufgrund des Geschlechts, der sozialen oder finanziellen Situation, der Herkunft, der Religion, des Gewichts oder einer Behinderung. Insgesamt hatten 19 Prozent der befragten Jugendlichen und jungen Erwachsenen zwischen 16 und 33 Jahren das Gefühl, in ihrem Leben „oft“, „sehr oft“, oder „(fast) immer“ benachteiligt zu werden. Zehn Prozent der befragten Mädchen bzw. Frauen erlebten Benachteiligung aufgrund ihres Geschlechts, bei Jungen bzw. Männern waren es zwei Prozent.⁵ Unter Befragten mit Migrationsgeschichte erlebten etwa 16 Prozent eine Benachteiligung aufgrund ihrer Herkunft; selbst zugewanderte Jugendliche und junge Erwachsene etwas mehr (19%) als Kinder von zugewanderten Eltern (13%). Religionsbezogene Benachteiligung erleben Befragte christlicher Religionszugehörigkeit seltener (0.7%) als Befragte mit muslimischer (17%) oder anderer (12%) Religionszugehörigkeit. Zudem erlebten Befragte aus Haushalten, deren Einkommen unter die Armutsgrenze fällt, etwas häufiger Benachteiligung aufgrund der sozialen Herkunft als jene aus Haushalten oberhalb der Armutsgrenze (10% vs. 5%).

Gehen diese Benachteiligungserfahrungen mit einem stärkeren Wunsch nach einer „starken Hand im Staat“ einher? Abbildung 2 zeigt die Ergebnisse eines multiplen linearen Regressionsmodells, mit dem wir untersuchen, ob Teilnehmende, die von Benachteiligungserfahrungen berichten, der Aussage zur „starken Hand“ stärker zustimmen als Teilnehmende ohne solche Erfahrungen. Da letzteres auch von vielen anderen Aspekten abhängen kann, etwa dem Bildungshintergrund, haben wir eine Reihe weiterer Merkmale zur statistischen Kontrolle in die Analyse mit aufgenommen.

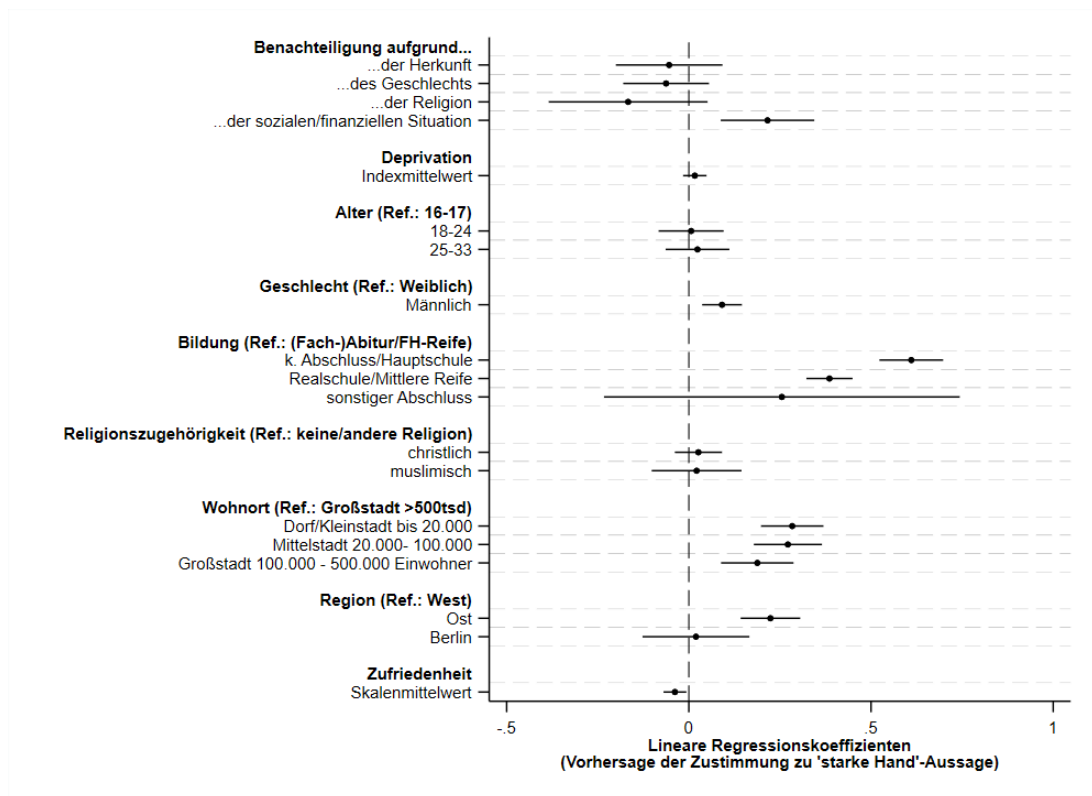
Zunächst zeigt sich, dass die empirischen Zusammenhänge insgesamt sehr schwach sind, d.h. das Modell kann die Zustimmung der Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu einer „starken Hand im Staat“ nur teilweise erklären. Dennoch wird deutlich, dass insbesondere Personen, die aufgrund ihrer sozialen bzw. finanziellen Herkunft Benachteiligung erleben, geringfügig, aber signifikant häufiger einen Bedarf nach einer starken Führungsperson im Staat sehen. Dies lässt sich anhand des subjektiven Benachteiligungserlebens zeigen, aber auch anhand der berichteten tatsächlichen finanziellen Einschränkungen im Alltag (Index Deprivation) sowie an der Zufriedenheit mit den eigenen Möglichkeiten und Perspektiven. Beispielsweise stimmen knapp 32 Prozent der Befragten, die Benachteiligungserfahrungen aufgrund der sozialen und finanziellen Herkunft berichten, der Aussage zur Notwendigkeit einer „starken Hand“ zu; bei der Vergleichsgruppe ohne solche Erfahrungen sind es nur gut 22 Prozent. Andere Formen der Benachteiligung, etwa aufgrund des Geschlechts oder der Herkunft, stehen wiederum in keinem signifikanten Zusammenhang mit dem Wunsch nach einer „starken Hand“.

Unabhängig von den Benachteiligungserfahrungen unterscheidet sich der Grad der Befürwortung einer „starken Hand im Staat“ auch in Abhängigkeit des Geschlechts, des Bildungshintergrunds sowie des Wohnorts: Jugendliche und junge erwachsene

⁵ Aufgrund geringer Fallzahlen konnten Befragte mit drittem Geschlecht nicht separat betrachtet werden.

Männer sowie Befragte aus Ostdeutschland zeigen höhere Zustimmungswerte als Frauen und Befragte aus Westdeutschland. Befragte mit höherer Bildung (Abitur oder Fachhochschulreife), sowie jene aus großen Metropolen (über 500.000 Einwohner:innen) zeigen signifikant niedrigere Zustimmungswerte als die jeweiligen Vergleichsgruppen.

Abbildung 2: Welche Merkmale gehen mit einer stärkeren oder schwächeren Befürwortung einer „starken Hand im Staat“ einher?



Quelle: AID:A 2019; AID:A Mig+; Eigene Berechnungen, n=4.926

Erläuterungen zur Analysemethodik:

Bei der in Abbildung 2 dargestellten Analyse handelt es sich um ein OLS-Regressionsmodell (Gesamtgüte des Modells: $R^2 = 0.11$). Die Abbildung zeigt statistische Zusammenhänge zwischen verschiedenen Merkmalen und der Zustimmung zur „starke-Hand“-Aussage, in Form von Regressionskoeffizienten und Konfidenzintervallen auf Basis dummy-codierter bzw. z-standardisierter Variablen. Liegen die Werte (abgetragen als Punkt) rechts der Nulllinie, geht das entsprechende Merkmal mit einer stärkeren Zustimmung einher; Werte links der Nulllinie mit einer schwächeren Zustimmung. Die horizontalen Linien geben das 95-prozentige Konfidenzintervall an, d.h. unter Berücksichtigung statistischer Fehler lässt sich mit 95-prozentiger Sicherheit sagen, dass der wahre Zusammenhangswert in diesem Bereich liegt. Wenn sich dieser nicht mit dem Wert Null überschneidet, wird ein statistisch signifikanter Zusammenhang angenommen. 379 Personen (7%) wurden aufgrund unvollständiger Angaben vom Modell ausgeschlossen. Aufgrund zu geringer Fallzahlen konnten Befragte mit drittem Geschlecht nicht in das Modell aufgenommen werden. Die

Variable Bildung basiert auf dem höchsten Schulabschluss der Befragten. Der Deprivation-
index setzt sich aus drei Fragen zusammen: Möglichkeit, monatlich Geld zu sparen, uner-
wartete Ausgaben zu zahlen oder alte Möbel zu ersetzen. Die Frage nach herkunftsbedingter
Benachteiligung wurde nur Personen mit Migrationsgeschichte gestellt. Da eine nicht vor-
handene Migrationsgeschichte nicht zweifelsfrei mit fehlender herkunftsbedingter Benach-
teiligung gleichgesetzt werden kann (auch Personen, die nicht mehr in diese Kategorie fal-
len, weil ihre Eltern bereits in Deutschland geboren wurden, können z.B. aufgrund ihrer
Hautfarbe Diskriminierung erleben), wurden Personen, denen die Frage nicht gestellt
wurde, als separate Kategorie in das Modell mit aufgenommen (nicht Teil der Abbildung).
Bei der Frage nach religionsbedingter Benachteiligung wurde einigen Befragten im Daten-
satz die Antwortkategorie „trifft nicht zu“ zugeordnet (anstatt konkreten Häufigkeitsanga-
ben wie „oft“ oder „nie“). Personen, auf die dies zutraf, und die keiner Religionsgemein-
schaft angehörten (89% der Befragten dieser Kategorie), wurden der Kategorie „keine Be-
nachteiligung“ zugeordnet. Die Skala zur Zufriedenheit umfasst folgende Lebensbereiche:
die Möglichkeit, das eigene Leben selbst zu gestalten, die Wohnsituation, die beruflichen
Perspektiven, die Situation in Schule/Ausbildung sowie das verfügbare Geld.

3 Pandemiebedingte Einschränkungen: Mehr Demokratieskepsis als Folge?

Die COVID-19-Pandemie hat in den Jahren 2020 bis 2022 erhebliche Einschränkungen für das öffentliche und private Leben in Deutschland mit sich gebracht. Jugendliche und junge Erwachsene traf dies besonders hart, denn soziale, bildungsbezogene und berufliche Entwicklung, die für die Jugendphase kennzeichnend ist, war durch die Schließung von Bildungseinrichtungen, die Stilllegung ganzer Berufsfelder und die starke Reglementierung sozialer Aktivitäten zumindest zeitweise stark gehemmt (u.a. Albert 2022). Haben diese Entwicklungen das Verhältnis von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zur Demokratie und ihren Institutionen verändert? Haben sie den Wunsch nach einer „starken Hand im Staat“ verstärkt? Diese Frage lässt sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht abschließend beantworten, denn die langfristigen Folgen sind bisher nicht absehbar (Albert 2022). Es ist jedoch davon auszugehen, dass die Krisen der letzten Jahre zumindest bei Teilen der Jugendlichen und jungen Erwachsenen eine Ambivalenz in ihrem Verhältnis zur Demokratie erzeugt oder verstärkt haben (Albert 2022). Die Wiederholungsbefragung „Junges Europa“ der TUI-Stiftung dokumentiert beispielsweise für Jugendliche (16-26 Jahre) in Deutschland eine leichte Abnahme der Zustimmung zur Aussage „Die Demokratie ist alles in allem die beste Staatsform“ zwischen 2018 (67%) und 2022 (63%) sowie einen leichten Anstieg der Zustimmung zur Aussage „Die Demokratie ist genauso gut oder schlecht wie andere Staatsformen“ zwischen 2018 (17%) zu 2022 (23%) (TUI-Stiftung 2022). Populistische Einstellungen haben sich gemäß der gleichen Studie zwischen 2018 (7%) und 2021 (9%) kaum verändert, anders als in mehreren europäischen Vergleichsländern der Studie sind sie aber eben auch nicht gesunken (TUI-Stiftung 2021). Auch aktuelle Befragungen in der Gesamtbevölkerung weisen auf eine gestiegene Demokratieskepsis hin, die die jeweiligen Autor:innen u.a. mit den jüngsten Krisen in Zusammenhang bringen (Best et al. 2023, Zick/Küpper/Mokros 2023). Die Mitte-Studie beobachtet seit einigen Jahren zudem eine altersspezifische Trendumkehr bei rechtsextremen Einstellungen: einen Rückgang in der älteren (über 65 Jahre) bei gleichzeitiger Zunahme in der jüngeren Bevölkerung (18-34 Jahre) (Zick/Küpper/Mokros 2023: 76). Demokratiegefährdende Einstellungsmuster sind in den aktuellen Zahlen der gleichen Studie jedoch nicht jugendspezifisch (ebd.: 125). In der Gesamtschau legen Studien nahe, dass die langfristigen sozialen Auswirkungen der Pandemie komplex sind und von vielen Faktoren abhängen (u.a. Robinson et al. 2021, Busch et al. 2023, Dohmen/Hurrelmann 2021).

Anhand der AID:A-Daten haben wir für diesen Bericht untersucht, inwiefern Erfahrungen von pandemie-bedingten Benachteiligungen mit einer stärkeren Zustimmung zu einer „starken Hand im Staat“ einhergehen. Dafür konnten wir die Daten einer Folgebefragung aus dem Jahr 2021 nutzen, zu der die Befragten von AID:A 2019 eingeladen worden waren. An dieser Folgebefragung nahmen insgesamt 6.362 Personen teil, darunter rund 3.000 Personen, die zu diesem Zeitpunkt mindestens 16 Jahre alt waren. Dieser Teilgruppe wurde wiederum die „starke-Hand“-Aussage

vorgelegt. Die Personen, die an beiden Befragungen teilgenommen und Auskunft zur Frage gegeben hatten (n=2.159), äußerten im Jahr 2021 im Schnitt einen geringfügig stärkeren Wunsch nach einer „starken Hand im Staat“ als noch 2019 (24% vs. 21%). Dieser Befund geht jedoch auf zwei unterschiedliche Entwicklungen zurück: So zeigt sich zwar bei 42% der in beiden Jahren Befragten eine Zunahme, jedoch bei 27% einen Rückgang der Zustimmung; bei 31% blieb die Zustimmung konstant.

Teilnehmende der Folgebefragung wurden außerdem gefragt, ob sie aufgrund der pandemiebedingten Einschränkungen auf bestimmte Ereignisse oder Vorhaben verzichten mussten, etwa wichtige Feste, Auslandsaufenthalte, Praktika oder den Beginn einer Berufsausbildung, oder ob sie z.B. ihre Arbeit verloren haben (insgesamt 7 Bereiche). Etwa 28 Prozent der Befragten ab 16 Jahren gaben an, dass sie mindestens eine solche Einschränkung hinnehmen mussten; etwa jede:r Vierte erlebte berufliche oder bildungsbezogene Einschränkungen. Unsere Analysen zeigen jedoch, dass die erfragten pandemiebedingten Benachteiligungen nicht mit einem stärkeren Wunsch nach einer „starken Hand im Staat“ einhergehen.⁶ Befragte, die entsprechende Einschränkungen (z.B. eine nicht begonnene Berufsausbildung) erlebt hatten, stimmten in der Befragung von 2021 der „starke Hand“-Aussage nicht signifikant häufiger zu als jene, die keine solchen Einschränkungen erlebt hatten; ebenso stieg ihre Zustimmung zwischen 2019 und 2021 nicht stärker an. Auch Wechselwirkungen mit dem Alter, dem Bildungshintergrund und anderen Merkmalen, die sich in der Analyse der Daten von 2019 als relevant herausgestellt hatten, zeigten sich nicht. Diese Befunde sind jedoch aufgrund der großen Ausfallrate zwischen 2019 und 2021 nur bedingt aussagekräftig, insbesondere da die Teilnahmebereitschaft von Merkmalen abhing, die für die Analysen relevant sind. So sind es eher weibliche junge Menschen, Jugendliche jüngeren Alters, Personen mit einem Universitätsabschluss und junge Menschen ohne Migrationsgeschichte, die an der Folgebefragung im Jahr 2021 teilgenommen haben.

⁶ Durchgeführt wurde eine sog. logistische Regressionsanalyse. Analysiert wurde, vereinfacht ausgedrückt, die Wahrscheinlichkeit eines Anstiegs der Zustimmung zur „starken-Hand“-Aussage zwischen 2019 und 2021 in Abhängigkeit der pandemiebedingten Benachteiligungserfahrungen. Analog zu dem in Kapitel 2 beschriebenen Regressionsmodell wurden auch hier weitere relevante Merkmale statistisch kontrolliert.

4 Fazit

Dieser Bericht zeigt: Ein gewisser Teil der Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Deutschland bringt Unzufriedenheit gegenüber gegenwärtigen politischen Akteuren und Institutionen zum Ausdruck. Die Zustimmungstendenzen beschreiben einen subjektiv wahrgenommenen Bedarf nach grundlegender Veränderung in Politik und Gesellschaft, gepaart mit dem Wunsch nach einer Autorität, die diese Veränderungen umsetzt. Dies bedeutet nicht, dass die entsprechenden Befragten Demokratie als Staats- und Gesellschaftsprinzip grundsätzlich ablehnen. Autoritätspersonen kann es auch in einer deliberativen Demokratie geben. Allerdings macht es sie empfänglicher für rechtspopulistische, demokratiekritische Ideen, die ein solches Narrativ bedienen. In der Gesamtbetrachtung der Ergebnisse sind dafür vor allem jene empfänglich, die sich aufgrund ihres sozialen Status in der Gesellschaft benachteiligt fühlen und ihre Möglichkeiten und Zukunftsperspektiven eher als begrenzt wahrnehmen. Dabei gehen nicht alle Formen von Benachteiligung mit entsprechenden Haltungen einher. Die Ergebnisse deuten hier v.a. auf die Rolle von sozio-ökonomischer Benachteiligung hin.

Die empirischen Zusammenhänge sind jedoch vergleichsweise schwach, sie dürfen daher nicht überinterpretiert werden. Nicht alle Menschen, die soziale Benachteiligung erleben, oder über eine vergleichsweise geringe Bildung verfügen, neigen zu demokratiekritischen und rechtspopulistischen Haltungen. Hier spielen weitere Faktoren eine Rolle, die unser Analysemodell nicht abbilden konnte. Ebenso lässt sich nicht ausschließen, dass der Zusammenhang zwischen sozialer Benachteiligung und demokratieskeptischen Einstellungen auf andere, nicht erfasste Aspekte zurückgeht. So könnten z.B. Menschen mit bestimmten (z.B. pessimistischen) Grundeinstellungen sowohl ihre Umwelt eher als sozial ausgrenzend erleben als auch gleichzeitig eher zu Demokratieskepsis neigen. Unsere Analysen beziehen sich zudem nur auf einen spezifischen Aspekt – die Befürwortung einer starken Führungsperson im Staat, die für „Ordnung“ sorgt. Demokratiekritische und rechtspopulistische Haltungen sind jedoch facettenreich (vgl. u.a. Decker/Brähler 2020, Zick/Küppers/Mokros 2023).

Einen geringfügigen Anstieg demokratiekritischer Einstellungen während der COVID-19-Pandemie, wie wir sie in diesem Bericht anhand einer im Schnitt stärkeren Zustimmung zu einer „starken Hand im Staat“ dokumentieren, findet sich auch in anderen Studien wieder (z.B. TUI-Stiftung 2022). Allerdings können wir auch zeigen: Bei einem Teil der Befragten ging die Zustimmung sogar zurück. Hier überlagern sich möglicherweise gegenläufige Prozesse: Während die einen die pandemiebedingten Restriktionen als überzogenen Eingriff in ihr Leben empfanden und dadurch einen stärkeren Wunsch nach grundlegender Veränderung in staatlichem Handeln entwickelten, haben andere deren Maßnahmen eher als Schutz empfunden und sind damit in ihrem Vertrauen gegenüber staatlichen Akteuren eher bestärkt worden.

Wir können zudem auf Basis der Daten der AID:A-Studie nicht belegen, dass erlebte Benachteiligungen im Zuge der Pandemie einen Wunsch nach einer „starken

Hand im Staat“ begünstigen. Dies stützt die Aussage, dass die gegenwärtige Studienlage nur eingeschränkt Annahmen zulässt, inwiefern die Erfahrungen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen während der Pandemie ihre demokratischen Haltungen langfristig prägen. Hier spielt, wenn überhaupt, ein komplexes Gefüge an Bedingungen und Erfahrungen, sowohl vor als auch während und nach der Pandemie, eine Rolle (u.a. Albert 2022).

Insgesamt bestätigen unsere Analysen die Befunde anderer Studien, dass das Erleben sozialer Teilhabe die Befürwortung einer deliberativen Demokratie fördert und andersherum die Erfahrung, in der Gesellschaft „unten“ zu stehen, für autoritär-populistische Haltungen empfänglich macht (u.a. Zick/Küppers/Mokros 2023). Sie verdeutlichen aber vor allem, dass solche Empfänglichkeiten bereits in frühen Lebensjahren entstehen können. Mit Blick auf Prävention legen die Befunde nahe, dass sowohl direkte Demokratiebildung als auch Maßnahmen zur Förderung gleichberechtigter gesellschaftlicher Teilhabe auch weiterhin bereits bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen ansetzen müssen, um Demokratieakzeptanz frühzeitig zu fördern. Gerade in Krisenzeiten – neben der COVID-19-Pandemie sind dies gegenwärtig auch der Ukraine-Konflikt sowie die Klimakrise und deren politischen und wirtschaftlichen Folgen – gilt es, die Erfahrungen und Lebenslagen (junger) Menschen noch besser zu verstehen, um die Entwicklung demokratischer Haltungen in dieser Lebensphase begleiten zu können.

5 Literatur

- Albert, Mathias (2022): Jugend und Politik: Ein belastetes Verhältnis. In: DJI-Impulse, 127. Jg., H. 2, S. 53–55
- Arant, Regina / Dragolov, Georgi / Boehnke, Klaus (2017): Sozialer Zusammenhalt in Deutschland 2017. Gütersloh
- Best, Volker / Decker, Frank / Fischer, Sandra / Küppers, Anna (2023): Demokratievertrauen in Krisenzeiten. Wie blicken die Menschen in Deutschland auf Politik, Institutionen und Gesellschaft? Bonn
- Busch, Julian / Haehner, Peter / Spierling, Sarah K. / Leyendecker, Birgit (2023): Socio-emotional adjustment throughout the COVID-19 pandemic: A longitudinal study of elementary school-aged children from low-income neighbourhoods. In: Stress and Health, 39. Jg., H. 5, S. 1000–1013
- Decker, Frank / Lewandowsky, Marcel (2017): Rechtspopulismus: Erscheinungsformen, Ursachen und Gegenstrategien. Bonn
- Decker, Oliver / Brähler, Elmar (2020): Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments - neue Radikalität. Leipziger Autoritarismus Studie 2020. Gießen
- Deutscher Bundestag (2023): Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung von Maßnahmen zur Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung, Extremismusprävention und politischen Bildung (Demokratieförderungsgesetz – DFördG). In: BT-Drs. 20/5823
- Dohmen, Dieter / Hurrelmann, Klaus (2021): Generation Corona? Wie Jugendliche durch die Pandemie benachteiligt werden. Weinheim/Basel
- Foroutan, Naika (2019): Die postmigrantische Gesellschaft. Ein Versprechen der pluralen Demokratie. Bielefeld
- Gille, Martina / Milbradt, Björn (2021): Autoritäre Orientierungen und konventionalistische Haltungen bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen. In: Kuger, Susanne/Walper, Sabine /Rauschenbach, Thomas (Hrsg): Aufwachsen in Deutschland 2019: Alltagswelten von Kindern, Jugendlichen und Familien. Bielefeld, S. 100–108
- Kleist, Olaf J. / Weiberg, Mirjam / Schöll, Anja (2023): Mehr Demokratie fördern! Mehrheit sieht Demokratie unter Druck und befürwortet längerfristige Unterstützung der Zivilgesellschaft. In: DeZIM Briefing Notes 10. Berlin
- Kuger, Susanne / Walper, Sabine / Rauschenbach, Thomas (Hrsg.) (2021): Aufwachsen in Deutschland 2019: Alltagswelten von Kindern, Jugendlichen und Familien. Bielefeld
- Küpper, Beate / Sandal-Önal, Elif / Zick, Andreas (2023): Demokratiegefährdende Radikalisierung in der Mitte. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Mokros, Nico (Hrsg.): Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Bonn, S. 91–147
- Maciejewski, Linda / Hunkler, Christian / Harder, Niklas / Schotte, Kristin. (2022). Wer gehört zur dritten Generation? Herausforderungen der definitorischen und empirischen Bestimmung. In: Zeitschrift für Migrationsforschung, 2. Jg., H. 1, S. 151–164
- Robinson, Eric / Sutin, Angelina R. / Daly, Michael / Jones, Andrew (2020): A systematic review and meta-analysis of longitudinal cohort studies comparing mental health before versus during the COVID-19 pandemic in 2020. In: Journal of Affective Disorders, 296. Jg., S. 567–576
- Scherr, Albert / El-Mafaalani, Aladin / Reinhardt, Anna Cornelia (Hrsg.) (2020): Handbuch Diskriminierung. Wiesbaden
- Schiefer, David / Van Der Noll, Jolanda (2017): The Essentials of Social Cohesion: A Literature Review. In: Social Indicators Research, 132. Jg., H. 2, S. 579–603
- Tui Stiftung (2021): Junges Europa 2021. So denken Menschen zwischen 16 und 26. Hannover
- Tui Stiftung (2022): Junges Europa 2022. So denken Menschen zwischen 16 und 26. Hannover
- Zick, Andreas / Küpper, Beate / Mokros, Nico (Hrsg.) (2023): Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Bonn
- Zick, Andreas / Küpper, Beate (2021): Die geforderte Mitte Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21. Bonn

6 Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Demokratiekritische Einstellungen unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen in AID:A 20198

Abbildung 2: Welche Merkmale gehen mit einer stärkeren oder schwächeren Befürwortung einer „starken Hand im Staat“ einher? 10